



Streikende Warenhaus-Angestellte (in Hamburg): Für lausige Bezahlung auch noch länger im Geschäft?

Ladenschluß: Die Stimmung ist geladen

Nach monatelangem Gezerre hat die Koalition in Bonn den Ladenschluß neu geregelt. Der faule Kompromiß macht niemanden froh, weder die Beschäftigten noch die Ver-

braucher. Die Gewerkschaften stecken in der Klemme: Sollen sie nun weiter streiken? Oder sollen sie, gegen ordentliche Lohnaufschläge, Nachgiebigkeit zeigen?

In den Einkaufszentren der Großstädte wird gestreikt, vor den geschlossenen Kaufhaustüren gestritten, in der Bonner Regierungskoalition seit Monaten gekämpft – doch die Volksvertreter schienen das heiße Thema nicht mehr sonderlich zu interessieren. Erst als, am Freitag vergangener Woche, im Bundestag namentlich über die Einführung des Dienstleistungsabends abgestimmt wurde, füllte sich der Plenarsaal ein wenig.

Schließlich sprachen sich 200 Abgeordnete für längere Verkaufszeiten an einem Tag in der Woche aus, 135 waren dagegen. Alles Parteiengetzänk schien vergessen. Gerade so, als hätten sie die nächste Wahl gewonnen, beklatschten die Abgeordneten der Regierungskoalition ihren Abstimmungssieg.

Draußen im Lande, wie der Kanzler zu sagen pflegt, lief derweil ein Arbeitskampf ab, wie er in dieser Härte noch nie im Handel stattgefunden hat. Tagelang wurden bundesweit Dutzende Supermärkte und Warenhäuser bestreikt. Ein rasches Ende der Streiks ist noch nicht abzusehen. Spätestens Mitte Juni, wenn die Ferienzeit beginnt, müssen die streitenden Parteien sich geeinigt haben.

Bis dahin werden die Gewerkschaften noch eine Menge Überzeugungsarbeit leisten müssen. Der Streik richtete sich weniger gegen die Arbeitgeber als vielmehr gegen die nun gültigen Ladenschlußpläne der Bonner Koalition.

Bis zuletzt hatten die Gewerkschaften noch gehofft, mit bundesweiten Streikaktionen den kunstvoll gefügten Koalitionskompromiß torpedieren zu können. Doch es nützte nichts mehr. Nicht einmal der Antrag der SPD auf namentliche Abstimmung im Bundestag konnte noch etwas ändern. Die Abgeordneten der Regierungskoalition waren fest entschlossen, das Gesetz, so unsinnig es auch ist, durchzupauken.

Im Grundsatz geht es um die Beseitigung der starren Öffnungszeiten. Viele Verbraucher, verwöhnt durch die freizügigen Sitten in Urlaubsländern wie Frankreich oder Italien, sähen gern, wenn ihnen in Kaufhäusern und Supermärkten nicht pünktlich um halb sieben die Tür vor der Nase geschlossen würde.

Doch in Bonn wurde aus der vernünftigen Idee eine Farce. Vom 1. Oktober an sollen nun die Händler in Deutschland ihre Läden jeden Donnerstagabend zwei Stunden länger offenhalten als bisher. Statt um 18.30 Uhr soll erst um

20.30 Uhr Schluß sein. An sechs langen Samstagen im Sommer müssen die Händler dagegen schon zwei Stunden früher die Rolläden herunterlassen. Alles in allem verlängern sich die Öffnungszeiten überhaupt nicht, da die Abendstunden an anderen Tagen wieder ausgeglichen werden.

Von Liberalisierung war zwar in Bonn viel die Rede, aber es blieb bei den Worten. Die jetzt gefundene Lösung, meint Karstadt-Chef Walter Deuss, sei „sachfremd und kundenfeindlich“. Ein starres und antiquiertes Gesetz, einzigartig in der Welt, wurde um eine weitere Variante bereichert. Die Einführung des Frauenwahlrechts im Schweizer Appenzell-Außerrhodens wird manchen Europäer weniger erstaunt haben als der fabelhafte Bonner Vorschlag, der die Lebensqualität der Deutschen erhöhen soll.

Und dennoch hat sich etwas Entscheidendes geändert: Ein Interessenklüngel, dem nach Ansicht des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU) „das Ladenschlußgesetz heiliger ist als das Grundgesetz“, wurde in die Defensive gedrängt. Gewerkschafter und Unternehmer, Sozialdemokraten und Mittelstandspolitiker der CDU bildeten jahrzehntelang eine Allianz, die

bisher jedes noch so kleine Reformvorhaben wirkungsvoll blockierte. Dieser „letzte Dinosaurier in der Arbeitszeit“, so Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, ist nun ins Wanken geraten.

Daß es nicht einfach werden würde, diese Front zu durchbrechen, war den Freidemokraten klar, als sie den Ladenschluß nach der Bundestagswahl 1987 in ihren Forderungskatalog für die Koalitionsverhandlungen aufnahmen. Die Liberalen wollten veraltete Vorschriften und überflüssige Gesetze generell abschaffen.

Mit einem sogenannten Dienstleistungsabend sollte, so nahm CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Forderung auf, „das enge Korsett des Ladenschlusses etwas gelockert werden“. Nicht nur die Einzelhändler, auch Ärzte, Rechtsanwälte, Banken und Behörden sollten einmal in der Woche bis abends um zehn Uhr geöffnet und für die tagsüber berufstätige Kundschaft Zeit haben. Die Innenstädte, die sich sonst nach Geschäftsschluß so rasch leeren wie ein Fußballstadion nach dem Abpfiff, sollten wenigstens einmal in der Woche auch abends bevölkert sein.

Daß zumindest in den Stadtzentren ein Bedarf für den Einkauf am Abend besteht, scheint sicher. In der unterirdischen Klett-Passage in Stuttgart machen seit mehr als zehn Jahren die Läden einen Großteil ihrer Umsätze nach dem üblichen Geschäftsschluß. Bei speziellen Kaufabenden in der Hamburger City drängeln sich regelmäßig die Kunden durch die Ladenpassagen und Boutiquen. Umfragen zeigen sogar bei Einzelhandels-Beschäftigten eine Mehrheit für den Einkauf am Abend.

Dagegen waren, wie nicht anders zu erwarten, von Anfang an Handelsverbände und Gewerkschaften. Lorenz Schwegler, Chef der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), fragte: „Sollen denn wegen lächerlichen zwei Stunden Tausende Familien ihr Privatleben umkrepeln?“

Besonders heftig wurde der Widerstand der Gewerkschaften in der Endphase der Bonner Beratungen. Da fügte es sich gut, daß gerade ohnehin ein Arbeitskampf um höhere Löhne und die weitere Verkürzung der Arbeitszeit anstand – zu einem politisch motivierten Streik dürfen die Gewerkschaften ja nicht aufrufen.

Um die Bonner Ladenschlußpläne auszuhebeln, verfielen die Gewerkschafter auf die Idee, das Arbeitszeit-Ende im Handel per Tarifvertrag auf 18.30 Uhr festzulegen. Würde ein solcher Tarifvertrag unterschrieben, müßten sich alle Unternehmen, die Mitglied des vertragsschließenden Unternehmensverbandes sind, an die Vereinbarung halten. Der geplante Dienstleistungsabend wäre dann praktisch gescheitert.

Die Handelsunternehmen lehnten ab. Sie wollen sich zumindest die Möglichkeit offenhalten, beim Dienstleistungs-

abend dabeizusein, wenn die Konkurrenten nebenan dies auch tun. Und das werden schon bald sehr viele sein.

Ohnehin war die Front des Handels nie so festgefügt wie die der Gewerkschaften. Verbrauchermarkt-Unternehmen wie Asko und Supermarktketten wie Tengelmann setzen sich seit langem für eine Freigabe des Ladenschlusses ein. Allmählich schwenken auch die Warenhäuser um, die bisher stets vehement gegen den Abendverkauf kämpften. Vergangene Woche gab der Kaufhof offiziell bekannt, beim Dienstleistungsabend mitzumachen.

Noch wollen die Gewerkschaften nicht wahrhaben, daß sie im Kampf um den Ladenschluß ohne sichere Verbündete sind und daß der gewohnte Feierabendtermin auf Dauer nicht mehr zu halten ist. Es ist schwer vorstellbar, daß in fast allen Branchen die Arbeitszeiten flexibler werden und gleichzeitig der Handel starre Angebotszeiten festschreibt.

Nun rächt es sich, daß die Gewerkschaften, die unter den zahllosen Teilzeit-Beschäftigten im Handel ohnehin wenig Anhänger haben, sich allzusehr auf das Thema Ladenschluß konzentriert und dabei viele Sorgen der im Handel Beschäftigten außer acht gelassen haben. Verkäuferinnen leisten nach wie vor Schwerstarbeit, müssen stundenlang in schlecht gelüfteten Kaufhäusern stehen oder an zügigen Supermarktkassen mit nörgelnden Kunden zurechtkommen.

Schlecht bezahlt werden sie obendrein. Eine junge Verkäuferin erhält 1600 Mark brutto im Monat; nach sieben Jahren kommt sie auf ein Endgehalt von 2300 Mark. Das Verkaufspersonal verdient im Schnitt gut ein Drittel weniger als Arbeitnehmer in der Industrie.

Um so erbitterter reagieren viele Beschäftigte nun beim Thema Ladenschluß. Das Feindbild scheint klar, für viele Verkäuferinnen reduziert sich die



Karstadt-Chef Deuss
„Sachfremd und kundenfeindlich“

Auseinandersetzung auf die schlichte Frage, ob sie denn nun für die lausige Bezahlung abends noch länger im Geschäft stehen sollen.

Wie aufgeladen die Stimmung bei vielen Beschäftigten ist, zeigte sich schon im Vorfeld des Gewerkschaftstages im November vergangenen Jahres. Der HBV-Vorstand hatte den Arbeitgebern Entgegenkommen signalisiert. Sollten in bestimmten Städten nach Inkrafttreten des Gesetzes Außenseiter ihre Läden aufsperrern, so das Angebot der HBV, ließe die Gewerkschaft auch bei tarifgebundenen Unternehmen über längere Öffnungszeiten mit sich reden.

Doch die HBV-Spitze hatte die Rechnung ohne die Basis gemacht. Nach wütenden Protesten des Verkaufspersonals mußten die Gewerkschafter das Angebot öffentlich zurückziehen.

Die Gewerkschaften haben sich selbst in eine Sackgasse manövriert. Sie müs-



Gewerkschaftsführer Schwegler
„Lächerliche zwei Stunden“

sen einen Streik anheizen, dessen Ziele nicht erreichbar sind. Kein Einzelhandels-Verband wird den Dienstschluß per Tarifvertrag auf 18.30 Uhr festschreiben. Beim Gehalt wollen die Arbeitgeber den Gewerkschaften dagegen weitgehend entgegenkommen.

Doch selbst wenn die Gewerkschaften für das Ladenpersonal fünf oder gar sechs Prozent mehr Geld erkämpfen, wird es ihnen nicht leichtfallen, dies als Erfolg zu verkaufen. Noch ist die Basis viel zu sehr fixiert auf den pünktlichen Feierabend. „Wenn die HBV dem Dienstleistungsabend zustimmen würde“, ahnt ein Gewerkschaftssekretär, „dann könnten wir uns tags drauf die Mitgliedsbücher containerweise bei erbosten Verkäuferinnen abholen.“ ♦